

EINLEITUNG: TYPEN DER ANWALTSKLAUSUR	1
§ 1 KLAGESCHRIFTKLAUSUR	6
A. Allgemeines / Einarbeitung in die Klausur bzw. Vorbereitung des Schriftsatzes	6
I. Mandantenzielermittlung / Bearbeitung des Sachverhalts	6
1. Herausarbeitung der Grundlinie der Aufgabenstellung: Klageschrift als Aufgabe / Rollenverteilung mit dem zusätzlichen Gutachten	6
2. Detailermittlung der sachlichen Mandantenziele	7
II. Tatsachenermittlung	8
1. Herausarbeitung und Selektion der juristisch relevanten Fakten	8
2. Überprüfung der Anlagen	8
III. Materiellrechtliche Prüfung	9
1. Schlüssigkeitsanalyse	10
2. Prüfung etwaiger Verteidigungsmöglichkeiten des Gegners	10
IV. Beweisführung	11
1. Beweisbedürftigkeit	11
a. Allgemeinkundige Tatsachen	12
b. Gerichtskundige Tatsachen	12
2. Beweislastverteilung	12
a. Hauptregel: Jeder die für ihn günstigen Tatsachen	12
b. Ausdrückliche Beweisregelungen	13
c. Rückschluss aus Gesetzesformulierung	14
d. Regel-Ausnahmeprinzip	15
e. Richterrechtliche Beweislastregeln / wichtige Fallgruppen	15
aa. Vertragsrecht: „Sphärentheorie“	15
bb. Produzentenhaftung	16
cc. Beweisvereitelung	16
3. Beweismittel	17
a. Augenschein	17
b. Zeuge	17
aa. Abgrenzung zum Sachverständigen	17
bb. Abgrenzung zur Parteivernehmung	18
c. Sachverständiger	18
d. Urkundenbeweis	19
e. Parteivernehmung	20
V. Prozessuale Umsetzung der Mandantenziele / Prozesstaktik	20
1. Festlegung der Partei(en) auf Klägerseite	20
a. Rechtsinhaberschaft mehrerer	20
aa. Gesamt- oder Mitgläubigerschaft	21
bb. Gesetzliche Prozessstandschaft	21
cc. Notwendige Streitgenossenschaft	22
b. Nichtidentität von Gläubigerschaft und Klägerrolle	23
aa. Erhebung der Klage in gesetzlicher Prozessstandschaft	23
bb. Erlangung der Zeugenstellung durch Forderungsabtretung	23
cc. Erhebung der Klage in gewillkürter Prozessstandschaft	24
2. Festlegung des bzw. der richtigen Beklagten	24
a. Klageerhebung gegen notwendige Streitgenossen	24
b. Klageerhebung gegen Gesamtschuldner	25
aa. Nachteil: Höhere Kostenrisiken	25
bb. Vorteile in der späteren Vollstreckung	25
c. Notwendigkeit der Klageerhebung gegen mehrere Personen zur Herbeiführung der Durchsetzbarkeit des Titels	26
d. Einbeziehung von Zeugen	27
3. Festlegung des objektiven Klageumfangs / Problem der Teilklage	28
a. Mögliche Vorteile einer Teilklage	28
b. Nachteile / Gefahren einer Teilklage	28

aa. Keine (positive) Rechtskrafterstreckung für Folgeprozess	28
bb. Verjährung der Restforderung	29
cc. Provokation einer Feststellungswiderklage	29
dd. Gefahr der verdeckten Teilklage: Verlust des Restes der Forderung?	30
c. Anforderungen an den Inhalt einer (offenen) Teilklage	31
4. Auswahl des richtigen Gerichts / Zuständigkeitsprüfung	31
a. Allgemeines	31
b. Mehrere zuständige Gerichtsstände	32
c. Die objektive Klagehäufung	32
d. Streitgenossen / Gemeinsamer Gerichtsstand	32
e. Die Gerichtsstandsvereinbarung	33
5. Erhebung einer Stufenklage	34
a. Prozessuale Ausgangssituation	34
b. Vor- und Nachteile der Stufenklage / Unterschiede zur reinen Auskunftsklage	35
aa. Vorteile	35
bb. (Scheinbare) Nachteile	35
c. Voraussetzungen der Stufenklage	36
aa. Spezialgesetzliche Auskunftsansprüche	36
bb. Auskunftsanspruch aus § 242 BGB	37
cc. Umfang der Auskunft / Bedeutung der §§ 259 ff. BGB	37
dd. Entfallen der Auskunftspflicht	37
6. Erhebung einer Feststellungsklage	38
a. Positive Feststellungsklage	38
aa. Allgemeines	38
bb. Spannungsverhältnis zur Klage auf künftige Leistung (§§ 257 ff. ZPO)	39
cc. Wichtiger Sonderfall: Feststellungsklage bezüglich Annahmeverzuges bei Zug-um-Zug-Titeln	41
dd. Wichtiger Anwendungsbereich: Arbeitsrecht	42
b. Negative Feststellungsklage	43
c. Zwischenfeststellungsklage gemäß § 256 II ZPO	43
7. Einsatz von Haupt- und Hilfsanträgen	44
a. Anwendungsbereich des „echten“ Hilfsantrages	44
b. Anwendungsbereich des „uneigentlichen“ Hilfsantrages	46
c. „Unechter“ Hilfsantrag	46
d. Eintritt der Wirkung des Hilfsantrages / Frage der Verjährungsgefahr	47
8. Wahl einer besonderen Verfahrensart	48
a. Das Mahnverfahren	48
b. Der Urkunden- und Wechselprozess	50
9. Prüfung der Durchsetzbarkeit außerprozessualer Anwaltskosten (Geschäftsgebühr) gegen den Prozessgegner:	51
a. Voraussetzungen des Anfalls der Geschäftsgebühr	51
b. Erstattungsansprüche gegen den Prozessgegner	52
aa. Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen	52
bb. Geltendmachung von sonstigen Ansprüchen	52
10. „Begleitmaßnahmen“ des Anwalts bei der Mandatsübernahme bzw. Vorbereitung der Klage:	53
a. Anforderung der schriftlichen Prozessvollmacht	54
b. Unverzichtbare Belehrungen des Mandanten	54
c. Klärung etwaiger staatlicher Hilfe bezüglich der Prozesskosten	54
d. „Absicherung“ der Kostenfolgen der Klage:	55
e. „Absicherung“ für Fall des Unterliegens: Streitverkündung	55
B. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen	56
I. Das Rubrum der Klageschrift	56
1. Adressierung / Bezeichnung des Gerichts	57
2. Parteibezeichnung	57
3. Prozessgegenstand	58
4. Streitwertangabe	58
5. Angabe einer besonderen Verfahrensart	58

II. Die Anträge der Klageschrift.....	59
1. Allgemeines zu den Anträgen.....	59
a. Bestimmter Leistungsantrag	59
aa. Allgemeines	59
bb. Leistungsantrag in gesetzlicher Prozessstandschaft	60
b. Zinsantrag.....	60
c. Der Kostenantrag	61
d. Der Antrag zur vorläufigen Vollstreckbarkeit.....	61
aa. Schutzanträge.....	61
bb. Antrag zur Art der Sicherheitsleistung.....	61
e. Antrag zu Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren	62
f. Antrag auf Anerkenntnisurteil im schriftlichen Vorverfahren	62
2. Besondere Sachanträge	62
a. Stellung eines unbezifferten Leistungsantrags	62
b. Der Herausgabeanspruch	64
c. Der Lieferungsanspruch	65
d. Die Klage auf Vornahme einer Handlung	65
aa. Unterscheidung von vertretbarer / unvertretbarer Handlung	65
bb. Verbindung mit Entschädigungsanspruch.....	66
e. Anträge auf Auskunft und Rechnungslegung / Stufenklage	66
f. Unterlassungs- und Duldungsklage	67
g. Klage auf Abgabe einer Willenserklärung	68
h. Antrag auf Verurteilung Zug um Zug	69
i. Feststellungsanträge	70
aa. Positive Feststellungsklage gemäß § 256 I ZPO	70
bb. Negative Feststellungsklage.....	73
cc. Zwischenfeststellungsklage gemäß § 256 II ZPO	73
III. Die Begründung der Klage	73
1. Tatsachenvortrag	73
a. Notwendiger Inhalt der Klageschrift	73
b. Darstellung der Klagebegründung / Aufbau	75
aa. Einführung in den Streitstand	75
bb. Inhalt und Umfang des Tatsachenvortrags	76
cc. Aufbau des Sachvortrags.....	79
dd. Sonderproblem: Klagevortrag zum Zinsanspruch	80
2. Beweisangebote.....	82
a. Umfang / strenge Orientierung an der Beweislast	82
b. Verhalten in kritischen Grenzfällen	82
c. Umgang mit zeugnisverweigerungsberechtigten Zeugen	83
3. Rechtsausführungen.....	84
a. Notwendigkeit der Rechtsausführungen	84
b. Ort und Umfang der Darstellung	85
c. Stil und Inhalt der Rechtsausführungen	85
aa. Einleitungssatz.....	85
bb. Urteilsstil mit Tiefgang	86
cc. Parteirolle beachten: nur positive Aspekte!	86
dd. Erwähnung von Unproblematischem?	87
ee. Fundstellenangabe?	88
IV. Erklärung zur gütlichen Einigung	88
V. Erklärung zur Entscheidung durch den Einzelrichter	89
C. Sonderfälle: Anspruchsbegründung nach vorherigem Mahnverfahren	89
§ 2 REAKTIONSSCHRIFTSÄTZE, V.A. KLAGEERWIDERUNG	91
A. Allgemeines zur Klageerwiderung / Einarbeitung in die Klausur.....	91
I. Sachverhaltsvorgaben	91
II. Ansatzpunkte für die Verteidigung.....	91
1. Prüfung der Zulässigkeit der Klage.....	92
2. Schlüssigkeitsprüfung der Klage	92

3. Klärung der Beweislage: Beweisangebot, Bestreiten oder Unstreitigstellen.....	93
a. Unstreitigstellen bzw. Geständnis.....	94
b. Gegenangriff bei für den Beklagten ungünstigen Behauptungen.....	95
aa. Klärung der Beweislastverteilung.....	95
bb. Reaktion bei Beweislast des Gegners; Gegenbeweis.....	96
cc. Reaktion bei überflüssigem Beweisangebot des Gegners.....	96
III. Festlegung der richtigen Reaktion.....	97
1. (Teil)-Anerkenntnis.....	97
a. Prüfung der Voraussetzungen des § 93 ZPO.....	98
b. Anerkenntnis bei Nichtvorliegen von § 93 ZPO.....	99
2. Vergleichsverhandlungen.....	99
3. Klageabweisung / Ansatzpunkte hierfür.....	99
a. Überblick.....	99
b. Aufrechnung.....	100
4. Die Widerklage.....	100
a. Zulässigkeitsvoraussetzungen.....	101
b. Typische Anwendungsfälle bzw. -probleme der Widerklage.....	102
aa. Schaffung eines Titels.....	102
bb. Umgehung der Präklusion / „Flucht in die Widerklage“.....	102
cc. Umgehung eines Aufrechnungsverbotes.....	103
dd. Verhältnis der Widerklage zur Aufrechnung.....	103
ee. Widerklage gegen Klage auf Zug-um-Zug-Leistung.....	105
ff. Feststellungswiderklage.....	106
gg. Einbeziehung eines Dritten / sog. Drittwiderklage.....	109
c. Weitere Auswirkungen der Widerklageerhebung.....	111
aa. Kostenfragen: Änderung des Gebührenstreitwerts.....	111
bb. Auswirkungen auf die sachliche Zuständigkeit.....	111
IV. Klärung von Fristen und Terminen.....	113
B. Formalia des Klageerwiderungsschriftsatzes selbst.....	113
I. Rubrum / Adressierung der Klageerwiderung.....	113
II. Die Anträge.....	114
1. Der Sachantrag.....	114
a. Voller Abweisungsantrag.....	114
b. Hilfsweise Einrede:.....	114
c. Formulierung eines (Teil)-Anerkenntnisses.....	115
2. Vollstreckungsschutzanträge.....	116
a. Allgemeiner Vollstreckungsschutzantrag.....	116
b. Besonderer Vollstreckungsschutzantrag.....	116
III. Formelle Besonderheiten bei Erhebung einer Widerklage.....	116
IV. Die Begründung der Klageerwiderung.....	117
1. Einführung in die Verteidigungslinie.....	117
2. Vortrag zur Unzulässigkeit der Klage.....	117
a. Frage der Notwendigkeit bzw. Sinnhaftigkeit einer Rüge.....	117
b. Position im Schriftsatz.....	118
3. Der Sachvortrag des Beklagten.....	119
a. Einleitung durch Zusammenfassung.....	119
b. Aufbau des Tatsachenvortrags.....	119
c. Bestreiten von Tatsachen.....	120
aa. Einfaches Bestreiten.....	121
bb. Substanziertes Bestreiten.....	121
cc. Bestreiten mit Nichtwissen.....	122
d. Vortrag zu den Einwendungen bzw. Einreden.....	122
4. Rechtsausführungen.....	123
a. Allgemeines.....	123
b. Mehrfachverteidigung mit Tatsachen- und Rechtsargumenten.....	123
5. Stellungnahme zum Einzelrichter.....	124

C. Sonderfälle der Klageerwidlung: Reaktion auf Versäumnisurteil oder Vollstreckungsbescheid zugunsten des Gegners	124
I. Einspruch gegen ein Versäumnisurteil (v.a. § 331 III ZPO)	124
1. Zusatzaufgabe: Klärung der Zulässigkeit des Einspruchs	124
2. Andere Anträge (§ 343 ZPO)	126
3. Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung	126
II. Erwidlung auf Anspruchsbegründung des Gegners nach Einspruch gegen Vollstreckungsbescheid (§ 700 IV ZPO)	127
1. Sachliche Erwidlung noch nicht im Einspruch selbst	127
2. Inhalt der zu stellenden Anträge	128
3. Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung nach §§ 707, 719 (hier i.V.m. § 700 I) ZPO	128
D. Andere „Reaktionsschriftsätze“ (Replik, Duplik):	128
I. Klausurtechnische Unterschiede zu anderen Schriftsatzklausurtypen:	129
1. Besonderheiten beim Tatsachenvortrag:	129
a. Aufgabe hier: Überprüfung und Ergänzung des Vortrags und der Beweisangebote	129
b. Reaktion auf Widerklage des Gegners:	129
c. Reaktion auf Einwendungen des Gegners:	130
d. Reaktion auf veränderte Umstände:	130
e. Sonderfall: Kündigungsschutzklage im Arbeitsrecht:	130
2. Auswirkung auf die Rechtsprobleme:	131
II. Typische prozessuale Probleme der Replik:	131
1. Reaktion des Klägers auf Prozessaufrechnung des Beklagten:	131
2. Reaktion des Klägers auf Widerklage	132
3. Notwendige Änderungen bzw. Erweiterungen der Klageanträge:	133
a. Korrektur anfänglich ungeeigneter Anträge	133
b. Reaktion auf eine (Teil)-Leistung des Beklagten	133
c. Reaktion auf Veränderung der Umstände im Prozessverlauf	134
III. Sonderfall der Replik: Einspruch gegen VU nach § 330 ZPO	134
§ 3 EINSTWEILIGER RECHTSSCHUTZ	135
A. Mandantenzielermittlung / Herangehen an den Sachverhalt	135
I. Feststellung, dass gerade einstweiliger Rechtsschutz begehrt wird	135
II. Festlegung, welche Art von einstweiligem Rechtsschutz konkret einschlägig ist	136
1. Überblick	136
a. Arrest gemäß §§ 916 ff. ZPO	137
b. Einstweilige Verfügung gemäß §§ 935 ff. ZPO	137
c. Einstweilige Anordnungen gemäß §§ 49 ff FamFG	137
2. Prüfungssystematik	138
3. Details zur Abgrenzung	139
a. Arrest	139
aa. Arrestvoraussetzung: jetzt schon klagbarer Geldanspruch	139
bb. Mögliches Arrestziel: (nur) Sicherung des Geldanspruchs	139
b. Anwendungsbereich der einstweiligen Verfügung	140
aa. Sicherungsverfügung gemäß § 935 ZPO	140
bb. Regelungsverfügung gemäß § 940 ZPO	141
cc. Leistungsverfügung gemäß (bzw. analog) § 940 ZPO	141
dd. Umstrittener Sonderfall: Unterlassungsverfügung	142
B. Die einzelnen Rechtsbehelfe	143
I. Beantragung eines Arrestes	143
1. Voraussetzungen der Zulässigkeit	143

a. Auswahl des richtigen Gerichts / Zuständigkeit:	143
b. Postulationsfähigkeit	143
c. Behauptung eines Arrestanspruchs <i>und</i> eines Arrestgrundes	144
2. Voraussetzungen der Begründetheit / Glaubhaftmachung von Arrestanspruch und Arrestgrund	144
a. Objektive Voraussetzungen der Begriffe Arrestanspruch und Arrestgrund	144
aa. Arrestgrund beim dinglichen Arrest	144
bb. Arrestgrund beim persönlichen Arrest	145
b. Begriff Glaubhaftmachung / Auswirkungen auf die Beweisführung	146
aa. Allgemeines / keine eingeschränkte Subsumtion!	146
bb. Auswirkung auf die Auswahl der Beweismittel	147
c. Umfang der notwendigen Beweisführung / Beweisbedürftigkeit	150
3. Kostenrechtliche Fragen	152
4. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen	152
a. Das Rubrum des Arrestantrages	153
b. Antragstellung	153
aa. Hauptsacheantrag	153
bb. Evtl. Hilfsantrag: Stattgabe gegen Sicherheitsleistung	154
cc. Gleichzeitiger Vollstreckungsantrag	154
dd. Vorläufige Vollstreckbarkeit	155
ee. Antrag auf Entscheidung gerade ohne mündliche Verhandlung	156
ff. Antrag zur Sicherheitsleistung des Gegners?	156
c. Begründung des Antrages:	156
II. Beantragung einer einstweiligen Verfügung	157
1. Voraussetzungen der Zulässigkeit	157
a. Prüfung des zuständigen Gerichts	157
b. Postulationsfähigkeit	158
c. Behauptung von Verfügungsanspruch <i>und</i> Verfügungsgrund	158
2. Voraussetzungen der Begründetheit	158
a. Glaubhaftmachung von Verfügungsanspruch <i>und</i> Verfügungsgrund	158
b. Sonderfälle: Verfügungsanspruch genügt	159
c. Besondere Voraussetzungen der Entscheidung im Beschlussverfahren (ohne mündliche Verhandlung)	159
3. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen	160
a. Einleitungssatz des Antrages	160
b. Antrag bei Sicherungsverfügung wegen Herausgabeanspruch	160
c. Antrag bei Unterlassungsverfügung	161
III. Beantragung einer einstweiligen Anordnung auf Unterhalt	162
1. Voraussetzungen der Zulässigkeit	162
a. Statthaftigkeit	162
b. Zuständigkeit:	162
c. Regelungsbedürfnis	162
d. Postulationsfähigkeit	163
2. Begründetheit des Antrags	163
3. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen	163
a. Rubrum	163
b. Anträge	163
c. Antragsbegründung	164
C. Reaktion auf eine (gegen den Mandanten) ergangene Entscheidung im einstweiligen Rechtsschutz	164
I. Ermittlung des richtigen Rechtsbehelfs	164
1. Rechtsbehelfe im Arrestverfahren bzw. bei einstweiliger Verfügung	164
2. Rechtsbehelfe gegen eine einstweilige Anordnung:	165
II. Einzelheiten zum Widerspruch	165
1. Ermittlung des richtigen Adressaten / Zuständigkeit des Gerichts:	165
2. Die Anträge im Widerspruchsschreiben	166
3. Begründung des Widerspruchs	166

§ 4 PROZESSGUTACHTEN DES ANWALTS	168
A. Varianten des anwaltlichen Prozessgutachtens / Aufbau	168
I. („Einschichtiges“) Gutachten zur Vorbereitung eines Schriftsatzes	168
1. Prüfung der Erfolgsaussichten in der Sache	169
2. Prozessuale Umsetzung der realisierbar erscheinenden Ziele / Zweckmäßigkeitserwägungen:	170
II. „Relationsgutachten“ oder „zweischichtiges Gutachten“:	171
B. Besonderheiten in der Arbeitsweise gegenüber dem Gutachten im Referendarexamen:	171
I. Verwendung eines gemäßigten Gutachtenstils oder gar Urteilsstils	171
II. Strenge Orientierung an der höchstrichterlichen Rechtsprechung	172
III. Chance-Risiko-Abwägung statt apodiktischer Ergebnisse	172
§ 5 BERUFUNGSBEGRÜNDUNG	174
A. Prüfungsschritte zur Vorbereitung des Schriftsatzes	174
I. Klärung, ob Berufung einschlägig / Statthaftigkeit	174
1. Grundfall: Vorgabe durch den Bearbeitervermerk	174
2. Allgemeiner Bearbeitervermerk / Abgrenzungsfragen	174
a. Abgrenzung bei unklarem Urteil (Meistbegünstigungstheorie)	175
b. Abgrenzung zwischen erstem und zweitem Versäumnisurteil	175
c. Abgrenzung zum Nachverfahren (Urkundenprozess)	175
d. Sonderfall: Vorgehen mit Anhörungsrüge (§ 321a ZPO)	177
II. Klärung weiterer Fragen der Zulässigkeit der Berufung	178
1. Beschwer / Beschwerdewert	178
2. Form der Berufungseinlegung (§ 519 ZPO)	179
3. Einlegungsfrist (§ 517 ZPO)	179
a. Behandlung von Zustellungsfehlern	179
b. Berufungsfrist bei notwendiger Streitgenossenschaft	180
c. Berufungsfrist bei Streithelfern	180
4. Begründungsfrist (§ 520 II ZPO)	180
III. Prüfung der Erfolgchancen in der Sache selbst / Begründetheit der Berufung	181
1. Besonderheiten bezüglich der Zulässigkeit der Klage	181
2. Besonderheiten bezüglich der Begründetheit der Klage	181
IV. Erweiterungen des Streitgegenstands und Aufrechnung in der Berufung (§ 533 ZPO)	182
V. Sonderfall: Berufung gegen zweites Versäumnisurteil (§ 514 II ZPO)	183
1. Statthaftigkeit der Berufung gegen zweites VU nach Vollstreckungsbescheid (§§ 700 I, 345 ZPO):	183
a. Fall 1: gesetzliche Voraussetzungen der Säumnis fehlten	183
b. Fall 2: unverschuldete Säumnis	183
c. Fall 3 / Erweiternde Auslegung: Unzulässigkeit oder Unschlüssigkeit der Klage	184
d. Einordnung der Punkte im Prüfungsschema	185
2. Statthaftigkeit der Berufung gegen zweites VU nach „echtem“ ersten VU	185
3. Weitere Zulässigkeitsprüfung	186
4. Begründetheit der Berufung	186
VI. Kostenfragen	186
B. Formalia des Berufungsbegründungsschriftsatzes	187
I. Rubrum	187

II. Berufungsanträge (§ 520 III Nr. 1 ZPO)	187
1. Hauptsacheantrag: ausdrückliche und räumlich abgetrennte Antragstellung	187
2. Unterscheidung zwischen Abänderung und Aufhebung	188
a. Grundregel: eigene Sachentscheidung mit Abänderung (§ 538 I ZPO und § 528 S. 2 ZPO):	188
aa. Fall 1: Berufung des Beklagten wegen voller Verurteilung	189
bb. Fall 2: Berufung des Beklagten wegen teilweiser Verurteilung	189
cc. Fall 3: teilweise Berufung des Beklagten wegen (voller) Verurteilung	190
dd. Fall 4: (volle) Berufung des Klägers wegen voller Klageabweisung	190
ee. Fall 5: Berufung des Klägers wegen teilweiser Klageabweisung	191
b. Anwendungsbereich des § 538 II ZPO / Aufhebung und Zurückverweisung oder Sachentscheidung	191
aa. Abgrenzung zwischen eigener Sachentscheidung und Zurückverweisung	191
bb. Konsequenzen für die Anträge	192
c. Wichtiger Sonderfall: Anträge bei Berufung nach § 514 II i.V.m. § 700 VI ZPO bei Unschlüssigkeit der Klage	193
3. Antrag zu den Kosten	194
a. Fall der Entscheidung durch das Berufungsgericht	194
b. Vorgehen bei nur teilweisem Angriff	194
c. Fall der Aufhebung und Zurückverweisung	195
4. Antrag zur Vollstreckbarkeit	195
5. Evtl. noch: Antrag zur Einstellung der Zwangsvollstreckung (§§ 719 I, 707 ZPO)	195
III. Darstellung der Berufungsgründe (§ 520 III 2 ZPO)	196
1. Allgemeines	196
2. Umfang der Begründungspflicht	197
a. Mehrere Streitgegenstände oder selbständig entscheidbare Teile eines Anspruchs	197
b. Berufung gegen einheitlichen Streitgegenstand	197
3. Inhaltliche und stilistische Anforderungen	199
a. Angriff auf die Tatsachengrundlage der erstinstanzlichen Entscheidung (§ 520 III 2 Nr. 3 ZPO)	199
b. Angriff auf die Rechtsanwendung der ersten Instanz (§ 520 III 2 Nr. 2 ZPO)	200
aa. Berufungsbegründung des Beklagten	201
bb. Berufungsbegründung des Klägers	201
c. Bezugnahme auf erstinstanzliches Vorbringen	202
4. Wichtiger Sonderfall: Darstellung der Berufungsgründe bei Berufung gegen zweites Versäumnisurteil (§ 514 II ZPO):	202
5. Stellungnahme zu den Rechtsfolgen der erfolgreichen Berufung	203
IV. Rolle des Hilfsgutachtens in der Klausur	204
1. Stellungnahme zur Zulässigkeit der Berufung	204
2. Stellungnahme zu „negativen“ materiellrechtlichen Fragen	204
V. Angabe des Beschwerdewerts (§ 520 IV Nr. 1 ZPO)	205
VI. Äußerung zur Übertragung auf den Einzelrichter (§ 520 IV Nr. 2 ZPO)	205

§ 6 VERTRAGSGESTALTUNG

206

A. Wesen der Vertragsgestaltung

206

B. Arbeitsweise in der Klausur

208

I. Mandantenzielermittlung

208

II. Tatsachenermittlung:

211

1. Persönliche Verhältnisse:

212

2. Vermögensrechtliche Verhältnisse

214

3. Vorhandene frühere Vereinbarungen

215

III. Rechtliche Umsetzung	216
1. Bedeutung des Bearbeitervermerks	216
2. Einordnung in Rechtsgebiete	217
3. Ermittlung des Regelungsbedarfs	217
4. Ermittlung der Regelungsmöglichkeiten	219
5. Auswahl der richtigen Gestaltung	220
a. Übereinstimmung mit dem Regelungswunsch	220
b. Klarheit und Eindeutigkeit	221
c. Sicherheit	221
6. Form der Umsetzung	223
7. Stil der Umsetzung	224
C. Drei verschiedene Klausurtypen	225
I. Vorbereitendes Gutachten	225
II. Überprüfendes Gutachten	226
1. Eigener Entwurf des Mandanten	226
2. Entwurf durch den Vertragspartner des Mandanten	227
III. Formulierung eines eigenen Entwurfs	228